

Erste Stadträtin/Dezernat II

Friedberg (Hessen), den 15.02.2026
Bearbeiterin: Erste Stadträtin

An das
Büro der städtischen Gremien

**Antrag Freie Demokraten, Bündnis 90 Die Grünen, Die Linke, Freie Wähler vom
15.02.2026 für die Stadtverordnetenversammlung,
DS-Nr. 21-26/1761: Stärkung des Konnexitätsprinzips: Wer bestellt, muss zahlen**

Das Konnexitätsprinzip ist in Artikel 104 a des Grundgesetzes und Artikel 137 (6) der
Verfassung des Landes Hessen festgeschrieben.

Auswahl aktueller Positionen:

Der Deutsche Städtetag, 05.6.2025

Pressekonferenz zum Auftakt: Konnexitätsprinzip auch für Bund

[Pressekonferenz zum Auftakt: Konnexitätsprinzip auch für den Bund: Deutscher Städtetag](#)

Hessischer Städtetag, 27.11.2025

Staat überfordert seine Kommunen mit Aufgabenlast

[Hessischer Städtetag: Staat überfordert seine Kommunen mit Aufgabenlast](#)

Hessischer Städtetag, Heusenstammer Positionen, 22.04.2025

Kinderbetreuung im Spannungsfeld zwischen Qualität und Finanzierung

[Hessischer Städtetag: Fachpolitisches Gespräch in Heusenstamm](#)

An allen Positionen hat die Stadt Friedberg (Hessen) im Rahmen ihrer Mitgliedschaft sowie
durch aktive Einbringung mitgearbeitet.

In meiner Rolle als Kämmerin unserer Stadt begrüße ich den vorliegenden Antrag und das
damit verbundene deutliche Zeichen der Stadtverordnetenversammlung.

Dem Hessischen Städte- und Gemeindebund ist unsere Auffassung bereits bekannt und wird
von ihm vertreten, ebenso vom Hessischen Städte- und Gemeindebund und Deutschen
Städtetag. Es wird daher vorgeschlagen, die eventuelle Beschlussfassung des
vorliegenden Antrages im Rahmen einer Pressemitteilung zu veröffentlichen und diese auch
an die im Landtag vertretenen Fraktionen zu versenden.